

Haushaltsrede 2023

B.f.A. Fraktion im Rat der Stadt Sendenhorst

Sehr geehrte Frau Reuscher, sehr geehrte Frau Küch-Wallmeyer,
sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem seit 2020 Corona schon einen erheblichen Einfluss auf Stadtgesellschaft und Stadtverwaltung hat, ist die Lage durch den Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine weiter verschärft worden. Hinzugekommen sind die Folgen der schlimmen Erdbeben in der Türkei und Syrien sowie weiterer weltweiter Katastrophen. Auch der Klimawandel macht sich vor Ort immer stärker bemerkbar. Die Aufgaben einer Stadtverwaltung sind dadurch zunehmend anspruchsvoller und komplizierter geworden und der volle Einsatz aller Mitarbeitenden ist gefordert.

Ich möchte deshalb meiner Haushaltsrede ausdrücklich meinen und den Dank der B.f.A. an alle ehren- und hauptamtlich Engagierten für die vielfältige Unterstützung der vielen Betroffenen voranstellen. Wie auch am letzten Sonntag deutlich geworden ist - Bürgermeisterin Katrin Reuscher wurde stellvertretend für die vielen Unterstützenden der Ukraineflüchtlinge die Bernhard-Kleinhans-Plakette überreicht – hat der Zusammenhalt in Sendenhorst und Albersloh sehr geholfen, die vielen Zuwanderer unterzubringen und deren Not etwas abzumildern. Die Bürgermeisterin – du, Katrin – kannst zu Recht stolz auf diese Leistung sein.

Daneben muss jedoch auch der Alltag funktionieren. Für die Erarbeitung des Haushaltsplanes gebühren der Bürgermeisterin und der Kämmerin Bettina Küch-Wallmeyer ebenfalls unser Dank, den Ihr bitte an alle Beteiligten der Verwaltung weitergebt.

Schon bei der Einbringung des Entwurfs am 15.12.2022 waren sich etliche Anwesende einig, dass dieser Haushaltsplan wenig Brisanz und noch weniger Spielraum aufweist. So waren die Sätze für die Gemeindesteuern mit großer Mehrheit bereits beschlossen worden. Die Grundsteuern wurden dabei auf die Höhe der fiktiven Hebesätze (254 bzw. 493 %) des Landes angehoben, der Gewerbesteuersatz konnte mit 418 Punkten konstant gehalten werden. Angesichts der erheblichen zusätzlichen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger durch die Energiepreisteigerungen und weiterer inflationsbedingter Kosten hätten sich die B.f.A. hier keine Steigerungen gewünscht; die Haushaltssystematik hätte aber Nachteile für Sendenhorst bedeutet. Alternativ haben die B.f.A. deshalb Entlastungen bei den Abwasserkosten angeregt, die aber von den übrigen Fraktionen nicht mitgetragen wurden.

Da die meisten der übrigen Investitionen und Ausgaben für 2023 bzw. den mittelfristigen Finanzzeitraum in den Vorjahren bereits beschlossen oder pflichtig waren bzw. sind, hat es im Rahmen der Haushaltsplanberatungen in der Folge nur wenig Dissens zwischen Verwaltung und Fraktionen gegeben. Dazu beigetragen hat der verbesserte Haushaltsabschluss für das Jahr 2022 durch verschiedene positive Einmaleffekte bei den Einnahmen. Ob es in diesem Zusammenhang aber Sinn macht, Corona- und Ukrainefolgekosten als Einnahmen

zu verbuchen, sei dahingestellt. Die B.f.A. wird sich dafür einsetzen, dass dies nicht zu langfristigen Belastungen der zukünftigen Generationen führen wird.

Auch die Erhöhung bzw. mittelfristige Sicherung der freiwilligen Leistungen der Stadt, ich nenne hier die Zuschüsse an das Jugendwerk bzw. an das FIZ für Kinder mit besonderem Förderbedarf („Sprungbrett“), sind im Wesentlichen einvernehmlich beraten worden.

Allerdings mussten die B.f.A. an das Versprechen der Verwaltung erinnern, dass die Sanierung der Umkleiden und Duschen auf der Sportanlage in Albersloh parallel zu der in Sendenhorst schon in diesem Jahr erfolgen sollte. Dies wurde in der Veränderungsliste berücksichtigt.

Auch das für uns sehr wichtige Anliegen der Inklusion hat immerhin einen zusätzlichen Haushaltsansatz in Höhe von 5.000 € für erste Projekte in diesem Sinne ergeben.

Trotz aller positiver Ansätze des vorliegenden Haushaltsplanes gibt es aber auch einige Bereiche, in denen die B.f.A. sich eine stringendere Vorgehensweise gewünscht hätten.

So haben die B.f.A. schon 2022 die fehlende Realisierung von Projekten aus dem immer noch nicht vorgestellten Mobilitätskonzept bemängelt. Ob in 2023 mit einem Ansatz von lediglich 24.680 € wesentliche Projekte zur „Umsetzung des Integrierten Mobilitätskonzeptes“ umgesetzt werden können, darf bezweifelt werden. Hier hatten wir bereits konkrete Ansätze für erste Maßnahmen beantragt, sind aber immer wieder auf das IMK vertröstet worden.

Ärgerlich ist der Umgang der Verwaltung mit dem Anspruch der Kinder ab dem 1. Lebensjahr auf einen KiTa-Platz nach § 24 SGB II. Hier wurden, trotz vielfacher Hinweise, die Zahlen der aufzunehmenden Kinder immer wieder unterschätzt. Nun ist die Aufnahme von 18 Kindern in Albersloh noch unsicher bzw. unbefriedigend. Die Unterbringung von neun Kinder in einer Großtagespflege in Rinkerode sollte nur der letzte Ausweg sein.

Die vielen „neuen“ Kinder in Albersloh lassen auch erwarten, dass die Grundschulsituation in Sendenhorst und besonders in Albersloh absehbar problematisch wird. Die B.f.A. halten es deshalb für erforderlich, bereits 2025 mit dem Neubau eines zusätzlichen Klassentrakts an der Ludgerus-Schule zu beginnen. Die Vorbereitung eines Planungswettbewerbs für das Jahr 2024 ist aus unserer Sicht zu spät.

Die B.f.A. haben sich im letzten Jahr deutlich für die Prüfung eines zweiten Grundschulstandorts in Sendenhorst ausgesprochen. Wegen der zunehmenden Enge an der KvG-Grundschule halten wir einen zweiten Standort insbesondere im Hinblick auf die Belastungen der Schulanfänger für pädagogisch sinnvoller und mittelfristig für zukunftssicherer. Nichtsdestotrotz setzen wir uns für eine möglichst optimale Umsetzung des Neubaus eines zusätzlichen Klassentrakts an der KvG-Schule ein.

Weiterhin problematisch ist die Finanzierung der notwendigen Sanierungen bzw. Umbauten an der Realschule St. Martin. Noch immer gibt es keine verlässlichen Vereinbarungen mit dem Bistum Münster als zuständigem Schulträger über das genaue Procedere. Hier wünschen wir uns seitens des Bistums klare Vereinbarungen zu verlässlichen Kostenhöhen sowie zu für den Haushalt der Stadt Sendenhorst tragbaren Finanzierungsmöglichkeiten.

Die Verwaltung hat in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses im Zusammenhang mit dem Stellenplan den aktuellen Stand zur Stellenbesetzung auch vor dem Hintergrund der Organisations- und Aufgabenuntersuchung des DB 6 vorgestellt. Danach scheint es so, dass die fehlenden bzw. neuen Stellen endlich besetzt werden können. Dies begrüßen wir sehr. Wenn allerdings fehlendes Personal des Baubetriebshofes als Ursache für das Vernachlässigen von regelmäßigen Pflegearbeiten herhalten muss, scheint es hier doch noch Baustellen zu geben. Die Umsetzung der Rückschnittmaßnahmen im Baugebiet

Langen-/Zegen Esch sowie die Altersstruktur der Mitarbeitenden zeigen hier jedenfalls noch Handlungsbedarf.

Es bleibt zu hoffen, dass ein neues Klima- und Mobilitätsmanagement neuen Schwung in die Erreichung der formulierten Umwelt- und Klimaschutzziele von Sendenhorst bringt. Ziel muss es sein, mit passgenauen Maßnahmen die Mobilität der Menschen zu ermöglichen und gleichzeitig die Treibhausgas-, Lärm- und Schadstoffemissionen vor Ort zu reduzieren.

Die Zukunft unser bestehenden und neuen Bau-, Gewerbe- und Industriegebiete ist für die B.f.A. von immenser Bedeutung. Hier bleibt abzuwarten, in welcher Form die Vorgaben des überarbeiteten Regionalplanes, der die regionalen Ziele der Raumordnung für die Entwicklung der Region sowie für alle raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen festlegt, umgesetzt werden können. Dies gilt in diesem Zusammenhang auch für den durch die B.f.A. beantragten und inzwischen beschlossenen Denkmalpflegeplan sowie für den klimatechnisch wichtigen Ausbau der Windenergie in Sendenhorst.

Der Haushaltsplan sieht in diesem Zusammenhang nicht unerhebliche Planungskosten für das „Zukunftsdorf“ Albersloh (ZiZ) vor. Für die B.f.A. könnte auch die „Rote Schule“ in diesem Konzept eine Zukunft haben. Wir können es deshalb nicht nachvollziehen, wenn CDU und FDP einer Verlängerung der Baupflicht für das Objekt **nicht zustimmen würden / nicht zugestimmt haben**. Hier müsste zumindest die Chance gesehen werden, dass sich eine örtliche Initiative und die jetzigen Eigentümer über eine gemeinsame Vorgehensweise abstimmen können.

Insgesamt bleibt aber festzustellen, dass die überwiegende Mehrzahl der Positionen im Haushaltsplan 2023 mit den anderen Fraktionen zielführend diskutiert und letztlich meist einvernehmlich beschlossen wurden.

Die B.f.A. stimmen dem Haushaltsplan 2023 sowie der Ergebnis- und Finanzplanung 2024 bis 2026 zu!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Hans Ulrich Menke

Fraktionsvorsitzender (es gilt das gesprochene Wort)